

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ehrhardts Helfer festgestellt.

Leipzig, 18. Juli. (WTB.) Die Nachforschungen nach den Helfershelfern Ehrhardts haben, wie die Polizei mitteilt, folgenden ergeben:

Der Führer des zur Flucht benutzten Kraftwagens ist der Kaufmann Felix Hermann Goeh, geb. 8. Mai 1898 in Plauen im Vogtland, zuletzt in Leipzig-Stötterich wohnhaft.

Als weiterer Helfershelfer kommt der Student Hermann Massow von Prince, geb. 5. Juni 1900 in Berlin, in Betracht.

Massow von Prince muß sich schon lange Zeit vor der Flucht Ehrhardts in Leipzig aufgehalten haben, ohne polizeilich angemeldet gewesen zu sein. Er muß in Wohnungen seiner Gesinnungsgenossen gewohnt haben. Im Gegensatz zu Goeh, der nach der Flucht Ehrhardts in Leipzig nicht mehr gesehen worden ist, wurde Massow von Prince noch zwei Tage nachher, am 15. Juli, hier gesehen.

Beide sind der Polizei nicht unbekannt: Goeh gehörte der deutschnationalen Volkspartei und dem deutschen Herold an, auch war er Mitglied der Ortschaft in München.

Massow von Prince, der zur Zeit des Erzbergermordes bei der Organisation Consul in München arbeitete, verlegte nach dem Attentat seinen Wohnsitz nach Hamburg. Er lag dort wegen Geheimbündelei und eines Sprengstoffattentates auf eine sozialdemokratische Zeitung in Untersuchungshaft.

Wie festgestellt worden ist, hat Goeh bei der Flucht Ehrhardts im Auto zwei Koffer mit Schusswaffen mitgenommen.

Am Dienstag wurden in Leipzig eine weitere Reihe von Personen festgenommen, die im Verdachte stehen, die Flucht begünstigt zu haben.

Die britische Antwort fertig.

London, 18. Juli. (WTB.) Den Blättern zufolge wird der gestern von Lord Curzon fertiggestellte Entwurf der Antwortnote an Deutschland heute vom Kabinett geprüft werden. Ueber die Frage, ob die Prüfung durch das Kabinett schon heute werde beendet werden können, ist man geteilter Ansicht.

Der parlamentarische Berichterstatter der „Times“ schreibt, der Entwurf werde in England wohl nicht periphrastisch werden, bevor er von den Alliierten erwogen worden sei. Baldwin habe seinerzeit die zweite Lesung der konsolidationsfonds bill als geeignete Gelegenheit zu einer allgemeinen Debatte über die Lage bezeichnet; es sei jedoch fraglich, ob zur Zeit dieser Beratung, nämlich am Mittwoch oder Donnerstag, sämtliche Alliierten bereits geantwortet haben werden.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ begrüßt die seit 24 Stunden eingetretene

Änderung in der Haltung der französischen Regierung.

gleichheit ob sie rein faktischer Natur oder als Zeichen großen Entgegenkommens zu deuten sei. In der Frage der Zusammenfassung der Reparationsfrage zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit werde es kein starres Festhalten an bestimmten Doktrinen geben. In der Frage der Regelung der Reparationen würden die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein. Das würde aber nicht bedeuten, daß ein Staatsmann wie Baldwin, der das Schuldenjundierungsabkommen mit Amerika abgeschlossen habe, die Verpflichtungen der Alliierten Englands als etwas nebensächliches behandle und eine Verminderung der deutschen Aktien seit Januar, wo der Vorschlag auf Erlaß von 70 Proz. der alliierten Schulden gemacht wurde, unberücksichtigt lasse. Der Berichterstatter kommt dann auf die Frage des passiven Widerstandes zu sprechen und schreibt, es sei nicht gleich gültig, ob Baldwin den passiven Widerstand rein moralisch verurteile (?) oder ob er dessen beklagenswerte Folgen bedauere, und Berlin zur Einstellung des Widerstandes aus Zweckmäßigkeitsgründen auffordere.

Dem diplomatischen Mitarbeiter der Pariser „Daily Mail“ zufolge nimmt man an, daß die englische Regierung vorschlagen wird, zunächst einmal

einen von allen Alliierten unterzeichneten vorläufigen Brief an die deutsche Regierung

zu senden, in dem diese aufgefordert wird, die Anordnung zum passiven Widerstand zurückzuziehen, worauf dann alle Alliierten einschließlich Frankreich und Belgien bereit sein würden, den Charakter der Ruhrbesetzung zu ändern und die vom Reichskanzler Dr. Cuno in seiner letzten Note vorgeschlagenen Garantien und Sicherheiten ernsthaft in Betracht zu ziehen. Der Korrespondent glaubt weiter, mitteilen zu können, Poincaré habe beschlossen, alle Anstrengungen zu machen, um in enger Fühlungnahme mit Baldwin zu bleiben und versuche jede nur mögliche Methode, um zu einer gemeinsamen Antwort der Alliierten an Deutschland zu gelangen.

Der politische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, es frage sich, wie die Alliierten

folgende Formel

annehmen würden, die ihnen gestern unterbreitet worden sei: 1. Die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets würde sofort bei Aufhören des passiven Widerstandes durch Deutschland „unsichtbar“ gemacht werden. 2. Die Zurückziehung der Truppen würde durchgeführt werden, sobald Deutschland die ersten von der vorgehenden Sachverständigenkommission bestimmten Jahresleistungen erfüllt habe. — In politischen Kreisen bemerkt man zu dieser Formel, sie gebe der Moratoriumsfrage ein völlig neues Gesicht; denn die letzte Bestimmung bedeute für Deutschland einen Ansporn, sich seiner Verpflichtungen so rasch wie möglich zu entledigen und auf

diese Weise die Besetzung zu beendigen; andererseits ist man in Geschäftskreisen der Meinung, daß allzu überstürzte deutsche Leistungen nur zum weiteren Ruin Deutschlands führen würden.

Der verheerende Pessimismus Englands.

So nennt ein Poincarist die englische Erkenntnis.

Paris, 18. Juli. (WTB.) Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“, der sich noch immer in London aufhält, berichtet seinem Blatt, er habe mit den Persönlichkeiten der englischen Regierungskreise gesprochen, die in ihrem Lande etwas gelten und in der Lage seien, mit Sachkenntnis die Politik des Kabinetts Baldwin-Curzon zu beurteilen. Sie hätten sich in entmutigender Weise ausgesprochen und betont, daß es den Franzosen freistehe, das englische System oder das, was von ihnen als solches bezeichnet werde, anzunehmen. Nämlich die Anregung, die deutsche Zahlungsfähigkeit durch einen Sachverständigenausschuß feststellen zu lassen, eine internationale Kontrolle über die deutschen Finanzen einzuführen, verschiedene Wege der Zahlung zu finden, und zwar für Zahlungen, die Deutschland freiwillig übernehmen könne sowie schließlich die Unterstutzung eines lokalen, dem Vertrag ergebenden Gewinns den Handel Englands opfern und vielleicht auch Englands innere Ruhe? Wäre es weise, die Entente Cordiale, die einzige Barriere, die uns noch eines Tages retten kann, zu opfern? Was man vielleicht auf der einen Seite, nämlich der der Sicherheit gegen den deutschen Revanchegedanken gewinnt, verliert man auf der anderen durch die Stärkung der Gewalt des deutschen Nationalgefühls. Der Mitarbeiter des „Echo de Paris“ sagt, das sei das, was man in London finde und er möchte den tiefen Pessimismus und den Geist des Verzichts, der in England verheerender Weise um sich greife, zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen.

Der deutsch-amerikanische Schadenersatz.

New York, 18. Juli. (WTB.-Funkspruch.) Die Gemischte deutsch-amerikanische Kommission zur Prüfung der gegenseitigen Forderungen hat durch eine von ihrem Vertreter getroffene Vereinbarung den ersten amerikanischen Anspruch an Deutschland entschieden. Sie hat eine Zahlungsvorschrift in Höhe von 3 376 765 Dollars anerkannt, die einen Anspruch der International Harvester Co. darstellt, für Güter, die in Deutschland beschlagnahmt worden sind. Die Kommission betonte, daß der gegenwärtige Fall keine strittige Frage berühre und daß zu seiner Erledigung die Anrufung eines Schiedsrichters nicht erforderlich ist.

Nicht einmal Benesch zufrieden.

Paris, 18. Juli. (WTB.) Der tschechoslowakische Außenminister Benesch erklärte einem Havas-Mitarbeiter, er habe bei seinem Besuch an eine Lösung der Reparationsfrage, vor allem an den Stand der alliierten Politik gegenüber diesem Hauptproblem gedacht. Die Reparationsfrage sei eine Frage, an der ganz Europa, besonders aber Mitteleuropa, interessiert sei. Es sei also natürlich, daß er sich über die augenblicklichen Ansichten der westlichen Alliierten über die Reparationspolitik unterrichtete. Das sei einer der Hauptzwecke seiner Reise gewesen, und er lehre nach seiner Heimat als ein über die Lage Aufgeklärter zurück. Auf die Frage des Berichterstatters: „Weiter nichts?“ antwortete er: „Weiter nichts! Sie können bestätigen, daß alles, was zu dem Joben über diesen Punkt Besagten hinzugefügt werden sollte, Phantasie oder nutzlose Auslegung ist.“

London, 18. Juli. (Gca.) Nach dem heutigen Besuch Benesch' in Brüssel glaubt man, daß er zu einem aktiven Eingreifen der belgischen Regierung zugunsten eines Ausgleichs zwischen dem Pariser und Londoner Kabinett führen werde. Im Zusammenhang damit ist eine Neutereklärung zu beachten, in der die englische Regierung gestern abend mitteilt, sie habe niemals versucht, eine Prellion auf Belgien auszuüben, um es von der französischen Politik zu trennen. Man sei vielmehr der Ansicht, daß Belgien in der augenblicklichen Lage sehr viel größere Dienste leisten könne, wenn es sowohl mit der Londoner als auch mit der Pariser Regierung in gleich freundschaftlichem Verhältnis bleibe und so auf diese Weise zur Klärung des gegenseitigen Standpunktes beitrage.

Das belgische Wehrgesetz.

Dienstzeitverlängerung zu Polizeizwecken.

Brüssel, 18. Juli. (TU.) Die belgische Kammer hat gestern über den Wortlaut des Artikels verhandelt, der die belgische Regierung in die Lage versetzt, im Falle innerer Ordnungsstörungen Militärkräfte unter die Fahnen zu rufen. Trotz des Widerstandes der Sozialisten wurde dieser Artikel mit einer verhältnismäßig starken Mehrheit angenommen. Zu dem inneren Ordnungsgebiet gehören wohl auch Rheinland und Ruhrrevier. . .

Weitere Markrückgänge.

Dem kürzlich mitgeteilten Beschlusse des Berliner Börsennotstandes entsprechend, fand heute in Berlin keine Notierung für Devisenkurse statt. Da jedoch die Mark an den ausländischen Börsen gestern und heute weitere Kursrückgänge gemacht hat, rechnet man damit, daß die Reichsbank morgen trotz schärferer Repartierungen weitere Kurserhöhungen am Devisenmarkt eintreten lassen muß. Aus Dänzig wurden heute folgende Anjangsturse für Devisen gemeldet: Holländische Gulden 98 000, englische Pfunde 1 200 000, der Dollar 245-250 000, Polennoten 170-173.

Die magyarische Anarchie.

Von Emanuel Buchinger.

So wenig Bedeutung auch einer Verjammung wie der heutigen ungarischen Nationalversammlung zukommt, so gibt es immerhin doch ganz interessante Dinge die in der Debatte über das Budgetprovisorium im Budapester Scheinparlament ihren Widerhall finden. Das gilt vor allem von der politischen Stellung des gewesenen K. u. K. Generalstabsoffiziers Gömbös, des Hauptorganisators der vor drei Jahren siegreichen Konterrevolution, der auch seinerzeit die „Schlacht“ leitete, als er letzte Habsburger ins Land zurück wollte. Diese Leistung des Herrn Gömbös war zwar weder vom militärischen Standpunkt mehr als eine Theaterschlacht, noch war es sehr galant, daß ein gewesener K. u. K. auf „seinen Kaiser“ schießt. Aber sie zeigte, daß Herr Gömbös etwas politischen Sinn hat, denn hätte er nicht geholfen den letzten Karl davonzujaagen, so würde man eben ihn mit seinem heute schon durchlauchten Kollegen von der Marine, mit Herrn Korthy an der Spitze, avongejagt haben.

Gömbös hat sich dieser Tage entschlossen, seine Stelle als geschäftsführender Präsident der Regierungspartei niederzulegen. Als diese Demission erfolgte, beeilte sich der Ministerpräsident Graf Bethlen der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß er es war, der Gömbös zur Abdankung bewog, weil er in der Partei der Regierung nur Leute brauchen könne, die Disziplin halten, denn er wolle ja die Konsolidation.

Als nun aber Gömbös unlängst im Parlament seinen Schritt damit begründete, daß man in Zukunft eine „noch energiereichere Rassenchutzpolitik als bisher“ betreiben müsse, da brach die Regierungspartei des Herrn Bethlen in stürmischen Beifall aus. Das deutet wer deuten kann! Wem aber das Gesagte nicht genügt, der lasse sich noch gesagt sein, daß die Majorität der Detachements zu Gömbös hält. Der in „Konsolidationsabsichten“ machende Graf Bethlen ist also nur seine Marionette, soweit er nicht die Mauer für Gömbös und Korthy macht. Geschehen kann in der ungarischen Politik nur, was die letztgenannten Herren und ihre Clique zugeben. Das Land selbst aber steht vor einem vollständigen wirtschaftlichen Ruin. Gömbös und Co. warten also ab. —

Was nun in Wirklichkeit zu geschehen hat, darüber gab Gömbös in seiner „Programmrede“ gar keinen Aufschluß. Was er als rettende Idee herstellte, das ist, daß man eine in originellster Art durchzuführende „Agrarreform“ vornehme, nämlich, daß man den jüdischen Grundbesitzern ihren Besitz wegnehme, diesen an die herabgekommenen Gentry-Elemente verteele, oder den gräflichen Großgrundbesitz und die immensen Reichtümer der Kirche unberührt lasse. Die Angeordneten der kleinen Landwirte jedoch, die mit Gömbös und Bethlen in einer Partei sitzen, sind politisch dumm und korrupt genug, dies hinzunehmen, während ihr „Vertreter“ in der Regierung, der Ackerbauminister Stefan Szabo de Nagatad, eines der verworfensten politischen Chamäleone, diesen insamen Betrug an der Landbesitzerung und besonders an dem Landproletariat seit Jahr und Tag mitmacht. Das komische Element in dieser Tragödie sind aber die reichen Juden selbst, denn sie sind frohen Mutes und ganz unbesorgt, und wissen ganz genau, daß ihnen kein Haar gekrümmt werden wird. Großgrundbesitz und Kapital, ob jüdisch-galizischer oder hunnisch-magyarisch-feudalen Ursprungs, sind längst veräußert und verbrüder. Dies wissen selbst Gömbös und Korthy, sie reden nur anders. Die Sache mit der Agrarreform wird, soweit es eben vom Willen dieser Herrschaften abhängt, ausgehen, wie das Hornberger Schießen.

Inzwischen gibt es Bombenwürfe und Ekzrasit-Attentate in Hülle und Fülle. Die Attentäter — natürlich die verschiedenen Exponenten der „Erwachenden Magyaren“ — werden sogar verhaftet, aber am nächsten Tage werden alle wieder freigelassen. Hingegen werden von Agenten der Polizei angezeigte „kommunistische“ Verschwörungen entdeckt, Arbeiter werden täglich massenhaft eingesperrt aber nicht freigelassen, sondern blutig geschlagen und interniert. Dieser Tage erklärten bürgerliche Abgeordnete im Parlament, daß diese dunklen Elemente ihre Vertreter im Polizeikorps und in allen Regierungsämtern sitzen haben. Die stadtbelanntesten vorbestraften Elemente gründen geheime Fehnen und Mitglieder der ordenlichen Gerichte leisten diesen geheimen Gesellschaften den Treueid.

All dies wurde im Parlament von wie gesagt bürgerlichen Abgeordneten enthüllt, außerdem erklärte der oppositionelle Abgeordnete Rudolf Ruppert, daß im Parlament auf den Bänden der Regierungspartei Leute sitzen, die ins Zuchthaus gehören. Graf Bethlen aber geht gar nicht zu diesen Sitzungen. Er ist wahrscheinlich voll beschäftigt mit dem Werte der „Konsolidation“. Außerdem bleibt er auch deshalb fern, weil man ihm sonst zurufen würde, er möge sich davon trollen. Macht er doch auch eine Außenpolitik, die jedes Zusammengehen mit den Nachbarstaaten verhindert.

So stehen heute die Dinge in Ungarn. Es müßten Wunder geschehen, wenn dies alles nicht eines Tages ein trauriges Ende nehmen sollte!

Für Deutschland aber ergibt sich daraus die Lehre, daß es ein Irrglaube ist, anzunehmen, man könne durch Förderung reaktionärer Bestrebungen irgendwie den Interessen der Ration dienen. In Ungarn herrscht die Konterrevolution — nicht zum Glück, sondern zum Verderben der Nation.

Frankreich und Deutschland.

Der „Temp“ wird „kontinentalpolitisch“.

Seit die Gefahr einer englischen Sonderaktion in der Reparationsfrage drohend am Horizont aufgetaucht ist, hat sich in der Haltung des offiziellen „Temp“ eine bemerkenswerte Aenderung vollzogen. Das Pariser Regierungsorgan beginnt England seine geschichtlichen Sünden gegen Europa vorzuhalten und spielt wieder mit dem Gedanken einer direkten Verständigung mit Deutschland.

Es ist notwendig, dem „Temp“ zu sagen, daß niemand hierzulande in diesem Wechsel der Tonart mehr erblickt als eine taktische Schwankung, die der Verlegenheit des Augenblicks entspringt. Es ist auch nicht richtig, wenn der „Temp“ sagt, zwischen Deutschland und Frankreich siehe nichts als ein Streit um das Zahlungssystem. Was heute zwischen Deutschland und Frankreich steht, das ist die Frage, ob Frankreich der deutschen Republik einen Teil ihres Hoheitsgebiets streitig machen will, den ihr selbst der Versailler Frieden belassen hat, oder ob Frankreich die uneingeschränkten deutschen Hoheitsrechte in diesem Gebiet zu einem sichtbaren und sicheren Zeitpunkt wieder anerkennen will. Erst wenn Gewißheit darüber geschaffen ist, daß Frankreich gewillt ist, unter billigen Bedingungen Ruhr, Rhein und Saar wieder fahren zu lassen, wird die Feststellung dieser Bedingungen das heißt des anzunehmenden Zahlungssystems den deutsch-französischen Konflikt zum Abschluß bringen können.

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß die Herstellung eines dauernden Friedens zwischen Deutschland und Frankreich das Zentralproblem der europäischen Politik ist. Sie hat darum vor zehn Jahren schon jene Berner Konferenzen eingeleitet, auf denen sich die Mehrheiten der französischen Kammer und des deutschen Reichstags zu friedlicher Verständigungsarbeit vereinigen. Es darf heute mitgeteilt werden, daß das Erscheinen von Abgeordneten des Zentrums und der Nationalen Liberalen auf der letzten dieser Konferenzen auf den Rat des damaligen Reichstanzlers v. Bethmann Hollweg zurückzuführen war. In Senlis aber hat sich Herr Poincaré am letzten Sonntag damit gebrüht, daß er diese Bestrebungen, deren Erfolg Europa den Weltkrieg erspart haben würde, durchkreuzt habe.

Herr Poincaré hat sich dabei die kleine Geschichtsfälschung geleistet, die Dinge so darzustellen, als ob es sich darum gehandelt hätte, Frankreich von England abzurängen. In Wirklichkeit war es stets als das Ziel der Berner Konferenzen festgehalten worden, ein besseres Einvernehmen zwischen Deutschland, Frankreich und England herbeizuführen. Wenn sich die deutschen Bemühungen damals vornehmlich auf Frankreich richteten, so nur deshalb, weil die deutsch-französischen Beziehungen damals wie heute den weltpolitischen Gefahrenpunkt darstellten.

Auch nach dem Krieg hat es an deutschen Bemühungen, zu Frankreich in ein besseres Verhältnis zu kommen, nicht gefehlt. Wir erinnern an das Anerbieten der deutschen Gewerkschaften zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, an das Birken Rathenaus und seine Abmachungen mit Loucheur, schließlich an das Stimmes-Lubersac-Abkommen, das von der deutschen Sozialdemokratie zwar aus wirtschaftlichen Gründen scharf angefochten, als Versuch einer deutsch-französischen Annäherung aber gebilligt wurde.

Und abermals ist das alles zerschlagen worden durch den Nationalismus und das System Poincaré.

Trotzdem bleibt es notwendig, daß sich Deutschland und Frankreich eines Tages ehrlich miteinander verständigen — nicht gegen England, sondern gemeinsam mit England. Über dieser Tag wird erst kommen, wenn auf beiden Seiten darauf verzichtet wird, eine so idiotische und gemeingefährliche Politik zu treiben, wie sie jetzt der französische Nationalismus treibt. Mit dem diplomatischen Schaustück zwischen Anglophilie und Kontinentalpolitik ist es nicht getan.

Rur eine nach allen Seiten aufrichtige, die Rechte jedes Volkes achtende Friedenspolitik, wie sie der internationale Sozialismus propagiert, kann Europa retten.

Schweyer und die Revolution.

Wir haben in unserer heutigen Morgenausgabe über die Rede berichtet, in der sich der bayerische Innenminister Dr. Schweyer in seiner Weise mit dem Problem der Revolution von 1918 auseinandergesetzt hat. Nach anderen Berichten lauten diese Äußerungen womöglich noch toller. So heißt es im „B. L.“:

Als Mutterboden für all diese hochverräterischen Erscheinungen (Fuchs-Rachhaus-Prozess! Red. d. B.) bezeichnet Dr. Schweyer die Novemberrevolution von 1918 die keine aus den Teilen der Volkseele geborene Erscheinung, sondern von einer Handvoll Leuten gemacht sei. Die Novemberrevolution sei ein moralisches Verbrechen am deutschen Volke und müsse nach des Dichters Wort „Fortgehend Böses nur gebären“ bezeichnet werden.

Also, wenn im Jahre 1922 konterrevolutionäre Aktionen von einem französischen Agenten Geld nehmen, so hat nach der Auffassung dieses bayerischen Regierungsmannes die Revolution von 1918 die Schuld daran. Eine so sinnlose und schmutzige Verleumdung konnte nur einem Milieu entspringen, in dem die tollste Geschichtslüge über die Revolution von 1918 systematisch gezüchtet worden ist.

In seinem bornierten Haß übersteigt Schweyer die historische, erst heute morgen wieder von Genossen Scheidemann mit Dokumenten belegte Tatsache, daß die Niederlage des monarchistischen Deutschland im Weltkrieg längst besiegelt war, als die Revolution ausbrach. Die Revolution hat die Grundlage geschaffen, auf der allein noch die Errichtung eines einigen Deutschland möglich war: die deutsche demokratische Republik. Nur der kümmerlichste Verstand kann annehmen, daß ein solches geschichtliches Ereignis „von einer Handvoll Leuten“ erzielt werden kann: ein solches Mißverständnis kann nur dem passieren, der noch nicht einmal das ABC der Weltgeschichte begriffen hat.

Daß ein Mann von solchen geistigen Mäßen in einem Teilstaat der deutschen Republik das wichtigste Amt innehaben kann, ist geradezu ein europäischer Skandal. Und daß er seine Beschimpfung der geschichtlichen Grundfragen der deutschen Republik mit einer untertänigen Huldigung für die gekürzte Königsfamilie verbinden konnte, zeigt deutlich, wohin die Reise in Bayern geht. Wir wollen nicht nach dem Muster der Reichspresse, die nach der Reichsregierung — Sachsen schreit, verfahren, aber wir fragen die Reichsregierung, ob sie eine geordnete Reichspolitik für möglich hält, wenn ein einzelstaatlicher Minister solche rednerische Brandfäden in die Bevölkerung schleudert und alle republikanisch Gesinnten in der unverschämtesten Weise herausfordert.

Fall Martin Spahn.

Martin Spahn, der Sohn des bekannten Zentrumsabgeordneten, war vor dem Kriege Dozent an der Straßburger Universität. Als nach dem Zusammenbruch der Einmarsch der Franzosen drohte, flüchtete er als erster vor allen anderen Straßburger Professoren in das Innere Deutschlands. 1920 erhielt er einen Beauftrag für Geschichte an der Universität Köln. Er war inzwischen zur Deutschen Nationalen Partei übergetreten und sah eine seiner wichtigsten Aufgaben in der Erziehung zum Hakenkreuzertum. Im September 1922 übersiedelte er mit Familie nach Berlin, um hier die Leitung der in völkisch-deutschnationalen Geiste arbeitenden „Hochschule für nationale Politik“ zu übernehmen. Ganz nebenbei wollte Herr Spahn seine Kölner Amtspflichten an zwei Wochentagen erfüllen. Das Kölner Universitätskuratorium sah darin einen schweren Verstoß gegen die Interessen der Universität Köln und forderte ihn auf, entweder seinen Wohnsitz nach Köln zurückzuziehen, oder auf seinen Lehrstuhl zu verzichten. Das Preussische Kultusministerium, das zur Entscheidung angerufen war,

sah von einem amtlichen Eingreifen ab. Ein auffälliger Vermittlungsvorschlag des Ministerialrats Richter, Spahn für ein Jahr zu beurlauben, wurde von der philosophischen Fakultät der Kölner Universität abgelehnt, weil das für den ordnungsgemäßen Fortgang der wissenschaftlichen Arbeit in Köln undenkbar sei. Sie stellte Martin Spahn anheim, seine Entlassung am 1. April 1923 nachzusehen und fügte dieser Entscheidung in einem Schreiben an den Minister hinzu, daß das Bestreben des Prof. Spahn dahin gehe, während des in Aussicht genommenen einjährigen Urlaubs sich ein Abgeordnetensmandat zu verschaffen und sich bei den Kölner Aufgabenden während vertreten zu lassen. Gleichzeitig wurde beschlossen, alle weiteren Gehaltszahlungen an Spahn einzustellen. Als Herr Spahn auch daraufhin seine Haltung nicht änderte, bat das Kuratorium der Universität Köln das Kultusministerium um scheinmögliche Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Spahn. In der Begründung des Erlasses heißt es u. a.:

Professor Spahn ist der erste der Straßburger Professoren gewesen, der seinerzeit mit seiner Familie den dortigen Posten vor Einzug der Franzosen verlassen hat. Er hat auch jetzt wieder als Ordinarius der Universität Köln bereits im September vergangenen Jahres den Wohnsitz seiner Familie nach Berlin verlegt. In einer Zeit, die von jedem der im Rheinland angestellten Staatsbeamten vollen Einsatz der Persönlichkeit verlangt, verbringt er den größten Teil des Jahres fern vom Sitz seiner Universität in Berlin. Wenn bei der heutigen Lage dieses Beispiel, das Herr Professor Spahn gibt, ungerügt bliebe, würde dies von den schlimmsten Folgen für die Durchführung der nationalen Einheitsfront sein.

Es geschah nichts. Nach weiteren acht Wochen ging ein erneutes Ersuchen des Kuratoriums an das völlig unnütze Ministerium, das Disziplinarverfahren mit tunsichtiger Beschleunigung zum Abschluß zu bringen. Nun sind wieder drei Monate vorüber, ohne daß das Geringste erfolgt ist.

Wir wissen nicht, welche Gründe die passive Haltung des Kultusministeriums bestimmen, glauben aber, daß die Öffentlichkeit wenig Verständnis für die Haltung hat. Daß die Angelegenheit eine öffentliche ist, und daß sie im Rheinland lebhaft Beachtung hervorruft, geht aus dem Schreiben des Kuratoriums der Universität Köln hervor. Man kann dem Kuratorium nur recht geben, wenn es das Verhalten Martin Spahns als unwürdig und pflichtvergesen und die Taktik des Kultusministeriums als unverständlich empfindet. Dem Kultusministerium wird es nichts nützen, daß es sich taub stellt, es wird reden müssen!

Deimling über den Völkerbund.

Die Liga für Menschenrechte hatte zu gestern abend nach dem Beethovensaal geladen, um das Völkerbundthema zu behandeln. Nach einleitenden Worten Hellmut v. Gerlachs, der auch einige Sympathieschreiben Frithjof Rankens, Albert Einsteins und des Reichstagspräsidenten Lohs verlas, ergriff General v. Deimling das Wort zu folgenden Ausführungen: Aus tiefer, innerer Überzeugung trete ich als deutscher General für den Völkerbund ein. Die Ergebnisse des Krieges weisen uns zwingend diesen Weg und jeder, der unser Vaterland liebt, muß ihn beschreiten. Und wenn heute Maurenbrecher in der „Deutschen Zeitung“ zur Volkserhebung aufruft, so sind das alles verrückte Ideen. Damit sollen wir Krieg führen? Wir haben keine Rüstungsindustrie. Auf der einen Seite stehen die Millionen Frankreichs, auf der anderen die Polens und der Tschechoslowakei. Der Krieg der Zukunft wird in der Luft entschieden. Es ist ein Giftgas erfinden, gegen das es kein Mittel gibt. Luftschiffe sind konstruiert, die dreimal so weit fliegen, als von Paris nach Berlin. Wer sein Volk liebt, muß gegen einen Krieg sein, auch wenn er General ist. Auch der passive Widerstand allein kann keine Lösung bringen. Wir müssen den aktiven Weg der Verständigung beschreiten, und dieser Weg ist der Völkerbund. Auch eine Aenderung und Verbesserung des Versailler Vertrages kann nur durch den Völkerbund erreicht werden. Wenn auch der Völkerbund noch nicht das ist, was wir wünschen, so heißt es für uns erst recht: hinein in den Völkerbund! Der September ist der letzte Termin, verpassen wir ihn nicht.

Verbot des „Völkischen Beobachters“. Im Zusammenhang mit den Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Polizei am Sonabend wurde der nationalsozialistische „Völkische Beobachter“ auf acht Tage verboten.

Hundert Jahre Japan-Erforschung.

Von Paul Dobert.

Die genauere Kenntnis Japans beginnt mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nachdem die Amerikaner unter Perry 1854 eine Expedition ausgesandt hatten. Seitdem ist Japan nicht mehr das „verschlossene“ Land des fernen Ostens. Forschungsreisende, Gelehrte, Künstler und Glöckertrotter folgten einander in großer Zahl und die Bevölkerung des Landes selbst kam allmählich dazu, Aufschluß über Politik, Wissenschaft, Kunst und Kultur zu geben. So ist eine reichhaltige Japan-Literatur entstanden, die über alles Wissenswerte berichtet.

Aber auch früher, vor der Perry-Expedition, war Japan doch schon einigermaßen erforscht worden, und zwar geführt dieses Verdienst zwei Deutschen, Kämpfer und v. Siebold, und dem Schweden Thunberg. Engelbert Kämpfer, einer der gelehrtesten und geistig bedeutendsten Männer seiner Zeit, „der Humboldt des 17. Jahrhunderts“, war 1690–92 im Gefolge einer holländischen Gesandtschaft in Japan anwesend und brachte trotz der Schranken, die dem Verkehr der Japaner mit Europäern gezogen waren, eine Fülle von wissenschaftlichem und geschichtlichem Material mit, von dem allerdings nur wenig veröffentlicht wurde. Der Schwede Carl Peter Thunberg, ein Schüler Linnés, weilte in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts in Japan. Die Ausbeute seiner Forschungen war naturgemäß hauptsächlich botanischer und zoologischer Art.

Vor hundert Jahren nun, 1823, kam durch die Berufung des deutschen Gelehrten v. Siebold als Arzt der niederländischen Faktorei in Desima, einer den Holländern eingeräumten künstlichen Insel an der Südküste der Stadt Nagasaki, ein neuer und moderner Zug in die Erforschung des Landes, so daß man wohl berechnigt ist, diesen Deutschen als Begründer der neuzeitlichen Japan-Kenntnis anzusprechen.

Die Situation war damals folgende: Nur den Holländern war der Handelsverkehr gestattet, sie mußten sich aber der schärfsten Bevormundung unterwerfen; z. B. konnten sie die Insel Desima nur bei besonderen Anlässen mit dem Aufenthalt in Nagasaki selbst vertauschen. Wie bei den voogenannten Gelehrten war es die ärztliche Kunst, die Siebold in die Lage versetzte, seinem Forscherdrange zu genügen. Als Begleiter einer zum Besuch des Hofes nach Jedo gehenden Gesandtschaft kam er in Beziehungen zu Würdenträgern und Gelehrten, namentlich war es der Hofastronom, der ihm Material lieferte und Karten ausbildete. Als dies der Regierung bekannt wurde, ging sie mit drakonischer Strenge gegen die einheimischen „Vanderräter“ vor und schonte auch den Aufstifter nicht, den rachsüchtigen Europäer, der nicht einmal ein Holländer, sondern ein Deutscher war. Von Ende 1828 bis Ende 1829 wurde Siebold in Untersuchungshaft auf Desima gehalten; er erlangte keine Freiheit

erst nach Rückgabe der Karten und Auslieferung zahlreicher Sammelobjekte. Er wurde trotzdem noch des Landes verwiesen und verließ am 2. Januar 1830 Nagasaki, um nach Europa zurückzukehren. Er blieb zunächst in holländischen Diensten als Berater des Ministeriums der Kolonien.

Siebold hat Japan wiedergesehen — in ganz anderen Verhältnissen, gerade in der Zeit, wo die Anhänger und Gegner der Modernisierung aller: politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in heftigem Kampfe lagen. Im April 1859 war er von Europa abgefahren, nicht in offizieller Stellung, sondern als Beirat der „Niederländischen Handels-Kompanie“. Sein Name war in Japan in Erinnerung geblieben und durch die zahlreichen Veröffentlichungen Siebolds auch der neuen Generation vertraut. 1861 erfolgte sogar seine Anstellung als Staatsratsmitglied. Aber die inneren politischen und bald zum Bürgerkrieg führenden Streitigkeiten nötigten Siebold zur Aufgabe dieses Postens und er kehrte wieder nach Europa und bald darauf nach Deutschland zurück.

Dem 1886 in München verstorbenen Gelehrten haben die Japaner im Park von Nagasaki ein Denkmal gesetzt.

Wiederwahl Liebermanns zum Akademiepräsidenten. Das preussische Staatsministerium hat die Wiederwahl Prof. Dr. Max Liebermann zum Präsidenten der Berliner Akademie der Künste für das am 1. Oktober beginnende Amtsjahr 1923/24 bestätigt. Dabei hat das Ministerium auf Antrag der Akademie von der Anwendung des § 3 des Akademiegesetzes abgesehen, wonach nach dreijähriger Amtsdauer eines Präsidenten ein Wechsel in der Leitung der Körperschaft eintreten sollte. Die Künstler, die ihren Präsidenten wählten, hatten sich nicht auf den formalistischen Standpunkt gestellt, der bisher immer zur Anwendung kam, und die Regierung ist ihnen erfreulicherweise gefolgt. Denn Liebermann ist unter den in Betracht kommenden Künstlern die geeignetste Persönlichkeit. Obgleich er selber Anfänger und Führer einer bestimmten Kunstströmung ist, hat er sich stets mit Erfolg bemüht, alle, auch die seinen Anschauungen offenbar widerstrebenden modernsten Richtungen, zur Geltung kommen zu lassen. Er ist einer der wenigen Alten, die den Jungen Raum, Luft und Licht zur Entwicklung gönnen. — Gleichzeitig wurde Prof. Georg Schumann, der Direktor der Singakademie, wiederum zum Stellvertreter des Präsidenten gewählt und als solcher bestätigt.

Lesen mit ultravioletten Strahlen. Die preussische Staatsbibliothek hat, wie die „Autographen-Rundschau“ berichtet, ihrer photographischen Werkstatt, die mit der Handchristenabteilung verbunden ist, eine neue Einrichtung angegliedert. Es wird nämlich hier das von Prof. Rigel erfundene Verfahren durchgeführt werden, ausgedriete Schriften mit ultravioletten Strahlen des Spektrums wieder sichtbar zu machen und auf photographischem Wege festzuhalten. Das Verfahren ist von besonderem Wert für das Lesen der sogenannten „Palimpseste“, bei denen eine ursprüngliche Handschrift zerstört worden ist, um etwas anderes auf das Material zu schreiben. Es kann aber auch wesentliche Dienste leisten für die

Feststellung, ob an Urkunden und Dokumenten radirt worden ist.

Sittlichkeitsbeden als Denkmalshänder. Das berühmte „Römermonument der Toten“ von Albert Bartholomé, das die schönste Zierde des Pariser Père-Lachaise-Friedhofs bildet, ist schwer beschädigt worden. Mehrere Gestalten des unteren Teils haben ihre Beine, Hände und Nasen verloren, und von den Körpern bröckelt immer mehr ab. Nach den Angaben des Bildhauers ist diese Verstümmelung durch das Bestreichen mit einer Salbe hervorgerufen, die Schwefelsäure enthält. Die Uniat wurde wahrscheinlich von einem Fanatiker ausgeführt, der durch Aufsätze in französischen Blättern beeinflusst war, in denen das Denkmal als anstößig geschildert wird. Bartholomé, der die verunstalteten Figuren wieder von neuem herstellt, hat gebeten, ein Wasserbecken vor dem Denkmal anzulegen, damit der Zugang dazu seinen Feinden erschwert wird.

Der Streit um den heiligen Leppich. Der „heilige Leppich“, der alljährlich bei der großen Pilgerfahrt nach Mekka zum Grabe des Propheten mitgeführt wird, ist auch dieses Jahr in Jedda angekommen, aber nicht ausgeschifft worden. Dies hängt mit einem Streit zusammen, der zwischen der Regierung von Ägypten und dem König des Hedschas ausgebrochen ist. Der Gegenstand dieses Kampfes ist die medizinische Mission, die den Leppich wie alljährlich begleitet, und die außerordentlich wichtig ist, um die sehr im arden liegenden Gesundheitsverhältnisse unter den Pilgern zu verbessern. König Hussein will aus religiösen Gründen der Mission nicht gestatten, sein Reich zu betreten, in dem Mekka liegt. Die ägyptische Regierung besteht aber darauf, daß sie den Leppich nach Mekka begleitet. Wenn der König seinen Widerstand nicht aufgibt, so wird der Leppich wieder nach Ägypten zurückgebracht werden, und wahrscheinlich wird dann auch der größte Teil der Pilger, die ihn begleiten, zurückkehren, denn die Fahrt nach dem Grabe des Propheten verliert für sie ohne den heiligen Leppich ihre Weiße.

Der fromme König Hussein war von einem sehr gefunden Instinkt geleitet, als er den Mediziner den Zutritt in sein heiliges Reich verwehrte. In kirchlich-religiösen Humberg darf nichts Wissenschaftliches sich zeigen, wenn nicht die erhabene „Weiße“ einschwinden und das Geschäft zum Teufel gehen soll.

Deimlingwache der Thüringer Volkshochschule. Vom 26. August bis zum 1. September wird die Volkshochschule Thüringen ihre 3. Winterwoche veranstalten. Im Mittelpunkt steht die Behandlung von Goethes Weltanschauung, wobei nur vorausgesetzt wird, daß alle Teilnehmer wenigstens den ersten Teil von Goethes „Wahlverwandtschaften“ kennen. Besonders Näherungen belassen sich mit Goethes naturwissenschaftlichen Sammlungen, mit dem Staatsarchiv und den Schätzen des Goethe-Schiller-Museums. Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle der Volkshochschule Thüringen in Jena zu richten.

Die Bielefelder Hochschule für kommunale Verwaltung hat ihren Betrieb eingestellt. Das Institut, das seit 1911 besteht, hatte seit längerem mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da sich die Stadterhaltung außerhande lag, die Zuschüsse aufzubringen, mußte man zur Einstellung des Hochschulbetriebes beschließen.

Der Schulpflanzgarten in den Ferien.

Wohl ein Duzend Schulpflanzgärten außerhalb der Schulgebäude gibt es in Groß-Berlin. Ihre Einrichtung, vom Geist der neuen Zeit hervorgerufen, hat sich im allgemeinen bewährt, nachdem die ersten Kinderkrankheiten als überwunden gelten können. Den größeren und kleineren Schulkindern, die hier Gemüse- und Zierbeete anlegen dürfen, wird es eindrucklich immer wieder zu Gemüte geführt, daß der Schulpflanzgarten neben dem praktischen Wirtschaftsnutzen einem Wissenszweck zu dienen hat. Er soll also kein gelegentlicher Spielplatz und noch weniger dicht bei bewohnten Gebäuden eine Stätte übermäßiger Värmucherei sein, wenn auch kein vernünftiger Erzieher kleine Gelegenheitspielereien und natürlichen Stimmungsgewinn unterbinden wird. Halbwüchsige, die da glauben, der Schulpflanzgarten sei ein Tummelplatz für nutzloses Herumlungen, für Zigarettenpaffen und für Jagd auf junge Mädchen, mußten aber ausgeföhrt werden, wenn sie sich nicht zu angemessenem Betragen aufschwingen konnten. Eine besondere Sorge war auch die Betreuung während der Schulferien. Die Kinder an solcher Stelle sich selbst zu überlassen, war unmöglich und fehlte den Zweck und Wert der ganzen Einrichtung aufs Spiel. Lehrer, die den Ferienaufsichtsdienst übernehmen, fanden sich nicht überall. So war schon im vorigen Jahre mehr als ein Schulpflanzgarten wochenlang ohne jede Aufsicht. Erst kürzlich haben die Elternbeiräte eingegriffen. Sie wußten den Wunsch der Lehrer, sich außerhalb des großen Steinbaukosten zu erholen, zu würdigen und stellten sich selbst in den Dienst der guten Sache. Mehrere Mitglieder des Elternbeirates können auch viel mehr erreichen als ein einziger Lehrer, der die Augen nicht überall haben kann und zudem gewohnheitsmäßig leicht in den Schulten zurückfällt, der gerade hier nicht angebracht ist. Die Kinder, zurzeit freiwillig an Zahl vermindert, da viele verreist sind, folgen willig. Es ist wieder eine Freude. Und die Elternbeiräte beweisen erneut, wozu sie brauchbar sind.

Verhandlungspsychose.

Lampenfieber im Gerichtssaal.

Von einer Art Lampenfieber wurde bei seinem ersten Auftreten vor Gericht der Arbeiter B. befallen, als er sich vor der Strafkammer des Landgerichts I wegen einer Diebstahlsanklage verantworten sollte. Als er vor Gericht erschien, machte er einen völlig verwirrten Eindruck und zitterte und bebte am ganzen Körper. Der herbeigerufene Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Störmer, begutachtete, daß der Angeklagte weder ein Simulant noch ein Geisteskranker sei. Er sei lediglich ein hysterischer und durch den Gedanken an die Verhandlung herartig in Aufregung versetzt worden, daß Krankheitsercheinungen zutage getreten seien. Der Zustand würde noch eine kurze Zeit anhalten und der Angeklagte auf wenige Minuten umfallen. Es handelte sich dabei aber nicht um Krämpfe, sondern um die Folge dieser hysterischen Einstellung. Nach der Verhandlung würde der Angeklagte alsbald wieder mobil werden. Wie der Sachverständige vorausgesagt hatte, wies sich alles geradezu programmäßig. Der Latbestand selbst konnte nur durch einen Mitangeklagten an dem Diebstahl festgestellt werden. Es handelt sich um eine Lat, die bis in das Jahr 1918 zurückreicht. Der Angeklagte war mit seinem Gehäusen in einen Keller eingebrochen und hatte dort Kartoffeln und alte Schiefeln gestohlen. Er war damals arbeitslos gewesen. Die Lat sei aus Not geschoben, denn es handelte sich lediglich um Dinge, die zu der Lebensnotwendigkeit verwendet werden. Das Gericht erkannte auf die geringste zulässige Strafe von drei Monaten Gefängnis, stellte dem Angeklagten aber Bewährungsfrist in Aussicht. Raum war die Verhandlung zu Ende, als sich der Angeklagte zusehends erhob und bald frisch und munter den Gerichtssaal verlassen konnte.

Eine ewige Spielhölle.

Eine der Kriminalpolizei bekannte und auch schon des Öfteren mit wechselndem Erfolge überraschte Spielergesellschaft, die seit langer Zeit in der Bülowstr. 27 spielte, ist in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag unter Überwindung größter Schwierigkeiten von Beamten des Spielergewerks bei regem Spielbetriebe überrascht und ausgehoben worden. Sämtliche Spieler konnten überführt werden; die Spielergewerks sowie das Spielzimmer sind beschlagnahmt worden.

Obgleich die Abteilung W. des Öfteren in jenem Hause mit Erfolg gearbeitet und auch dem zuständigen Wohnungsausschuss die Wohnung zur Beschlagnahme und weiteren Verfüzung an die Hand gegeben hat, ist wie uns mitgeteilt wird, bis jetzt noch nichts veranlaßt worden. Es muß gefordert werden, daß die in jüngster Zeit erlassene Rotverordnung auch wirklich zur Durchführung gebracht wird. Irgendwelche Rücksichtnahme ist in solchen Fällen sehr übel angebracht.

Für Jugendliche kein Alkohol.

Nach dem Reichsgesetz vom 24. Februar 1923 ist das Verabfolgen von Branntwein und branntweinhaltigen Genussmitteln im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften oder im Reinhandel an Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, verboten. Ebenso ist es nicht gestattet, geistige Getränke an Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu eigenem Genuss in Abwesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines Vertreters zu verabfolgen. Die Verbote beziehen sich nicht nur auf das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, sondern auch auf den gesamten Kleinhandel mit diesen Genussmitteln. Die Gast- und Schankwirtschaften sowie Handelstreibenden werden auf diese Bestimmungen mit dem Hinweis aufmerksam gemacht, daß Zuwiderhandlungen als Vergehen bestraft werden. Es ist dringend erforderlich, daß auch Eltern, Vormünder und Lehrer ihr Augenmerk darauf richten, daß die zum Schutze der Jugendlichen erlassenen Vorschriften überall beachtet werden.

Bootsdiebstähle.

Von den nach Hunderten zählenden Ankerplätzen auf den Groß-Berliner Gewässern, besonders an der Oberspree und den östlichen Seegebieten, sind trotz aller Überwachung durch den Reichsmarschall und Privatwächter auch in diesem Jahre zahlreiche Ruder- und Segelboote, von denen heute jedes einzelne Millionenwerte darstellt, gestohlen worden. Noch zahlreicher sind die Diebstähle von Bootszubehörsachen. Die gestohlenen Boote werden entweder von hehlerischen Bootswerten schnell umgearbeitet oder von unehrlichen Schiffern auf ihren Rähnen verladen und durch die Schleusen geschmuggelt, um dann außerhalb Groß-Berlins verladen zu werden. Mehrfach wurden Boote mit größter Diebstahlsicherheit am hellen Tage entwendet.

Beschwerden in Wohnungssachen.

Die Verteilung und Zuteilung der freiwerdenden Wohnungen ist lediglich Sache der gemeindlichen Wohnungsausschüsse. Die Einreichung hierauf bezüglicher Gesuche an das Ministerium ist zwecklos und verursacht nur unnötige Schreibarbeit und Postkosten. Ebenso zwecklos sind mündliche Anfragen in solchen Angelegenheiten im Ministerium. Beschwerden über Entscheidungen der Wohnungs- und Mietverordnungsämter sind nicht an das Ministerium, sondern an den Regierungspräsidenten, im Bezirk Groß-Berlin an das Zentralamt für Wohnungswesen, Stadthaus Parochialstr. 9-15, und gegen dessen Bescheid an den Herrn Oberpräsidenten in Charlottenburg, Kaiserdamm 1, zu richten. Die beim Ministerium eingehenden Beschwerden müssen deshalb ohne jede Prüfung an die zuständige Stelle weitergegeben werden, so daß durch die Vorlage beim Ministerium nur unnötige Zeit verloren geht. Das Ministerium kommt für Be-

Die Postgebühren ab 1. August.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. August ab im Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr	200 M.
Fernverkehr	400 M.
Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm	400 M.
über 20 bis 100 Gramm	600 M.
100 250	1000 M.
250 500	1200 M.
Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm	1000 M.
über 20 bis 100 Gramm	1200 M.
100 250	1500 M.
250 500	1800 M.
Druckfachen bis 25 Gramm	200 M.
über 25 bis 50 Gramm	400 M.
über 50 bis 100 Gramm	600 M.
über 100 bis 250 Gramm	1000 M.
über 250 bis 500 Gramm	1200 M.
über 500 Gramm bis 1 Kilogramm	1500 M.
über 1 bis 2 Kilogramm (nur für einzelnen Versand, ungeteilte Druckbände zulässig)	1800 M.
Blindenschriftsendungen (Reisgewicht 5 Kilogramm) für je 1 Kilogramm	1 M.
Geschäftspapiere und Briefsendungen bis 250 Gramm	1000 M.
über 250 bis 500 Gramm	1200 M.
über 500 Gramm bis 1 Kilogramm	1500 M.
über 1 bis 2 Kilogramm	1800 M.
über 2 bis 5 Kilogramm	2200 M.
über 5 bis 10 Kilogramm	2600 M.
über 10 bis 20 Kilogramm	3000 M.
über 20 bis 50 Kilogramm	3400 M.
über 50 bis 100 Kilogramm	3800 M.
über 100 bis 250 Kilogramm	4200 M.
über 250 bis 500 Kilogramm	4600 M.
über 500 bis 1000 Kilogramm	5000 M.
über 1000 bis 2000 Kilogramm	5400 M.
über 2000 bis 5000 Kilogramm	5800 M.
über 5000 bis 10000 Kilogramm	6200 M.
über 10000 bis 20000 Kilogramm	6600 M.
über 20000 bis 50000 Kilogramm	7000 M.
über 50000 bis 100000 Kilogramm	7400 M.
über 100000 bis 200000 Kilogramm	7800 M.
über 200000 bis 500000 Kilogramm	8200 M.
über 500000 bis 1000000 Kilogramm	8600 M.
über 1000000 bis 2000000 Kilogramm	9000 M.
über 2000000 bis 5000000 Kilogramm	9400 M.
über 5000000 bis 10000000 Kilogramm	9800 M.
über 10000000 bis 20000000 Kilogramm	10200 M.
über 20000000 bis 50000000 Kilogramm	10600 M.
über 50000000 bis 100000000 Kilogramm	11000 M.
über 100000000 bis 200000000 Kilogramm	11400 M.
über 200000000 bis 500000000 Kilogramm	11800 M.
über 500000000 bis 1000000000 Kilogramm	12200 M.
über 1000000000 bis 2000000000 Kilogramm	12600 M.
über 2000000000 bis 5000000000 Kilogramm	13000 M.
über 5000000000 bis 10000000000 Kilogramm	13400 M.
über 10000000000 bis 20000000000 Kilogramm	13800 M.
über 20000000000 bis 50000000000 Kilogramm	14200 M.
über 50000000000 bis 100000000000 Kilogramm	14600 M.
über 100000000000 bis 200000000000 Kilogramm	15000 M.
über 200000000000 bis 500000000000 Kilogramm	15400 M.
über 500000000000 bis 1000000000000 Kilogramm	15800 M.
über 1000000000000 bis 2000000000000 Kilogramm	16200 M.
über 2000000000000 bis 5000000000000 Kilogramm	16600 M.
über 5000000000000 bis 10000000000000 Kilogramm	17000 M.
über 10000000000000 bis 20000000000000 Kilogramm	17400 M.
über 20000000000000 bis 50000000000000 Kilogramm	17800 M.
über 50000000000000 bis 100000000000000 Kilogramm	18200 M.
über 100000000000000 bis 200000000000000 Kilogramm	18600 M.
über 200000000000000 bis 500000000000000 Kilogramm	19000 M.
über 500000000000000 bis 1000000000000000 Kilogramm	19400 M.
über 1000000000000000 bis 2000000000000000 Kilogramm	19800 M.
über 2000000000000000 bis 5000000000000000 Kilogramm	20200 M.
über 5000000000000000 bis 10000000000000000 Kilogramm	20600 M.
über 10000000000000000 bis 20000000000000000 Kilogramm	21000 M.
über 20000000000000000 bis 50000000000000000 Kilogramm	21400 M.
über 50000000000000000 bis 100000000000000000 Kilogramm	21800 M.
über 100000000000000000 bis 200000000000000000 Kilogramm	22200 M.
über 200000000000000000 bis 500000000000000000 Kilogramm	22600 M.
über 500000000000000000 bis 1000000000000000000 Kilogramm	23000 M.
über 1000000000000000000 bis 2000000000000000000 Kilogramm	23400 M.
über 2000000000000000000 bis 5000000000000000000 Kilogramm	23800 M.
über 5000000000000000000 bis 10000000000000000000 Kilogramm	24200 M.
über 10000000000000000000 bis 20000000000000000000 Kilogramm	24600 M.
über 20000000000000000000 bis 50000000000000000000 Kilogramm	25000 M.
über 50000000000000000000 bis 100000000000000000000 Kilogramm	25400 M.
über 100000000000000000000 bis 200000000000000000000 Kilogramm	25800 M.
über 200000000000000000000 bis 500000000000000000000 Kilogramm	26200 M.
über 500000000000000000000 bis 1000000000000000000000 Kilogramm	26600 M.
über 1000000000000000000000 bis 2000000000000000000000 Kilogramm	27000 M.
über 2000000000000000000000 bis 5000000000000000000000 Kilogramm	27400 M.
über 5000000000000000000000 bis 10000000000000000000000 Kilogramm	27800 M.
über 10000000000000000000000 bis 20000000000000000000000 Kilogramm	28200 M.
über 20000000000000000000000 bis 50000000000000000000000 Kilogramm	28600 M.
über 50000000000000000000000 bis 100000000000000000000000 Kilogramm	29000 M.
über 100000000000000000000000 bis 200000000000000000000000 Kilogramm	29400 M.
über 200000000000000000000000 bis 500000000000000000000000 Kilogramm	29800 M.
über 500000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000 Kilogramm	30200 M.
über 1000000000000000000000000 bis 2000000000000000000000000 Kilogramm	30600 M.
über 2000000000000000000000000 bis 5000000000000000000000000 Kilogramm	31000 M.
über 5000000000000000000000000 bis 10000000000000000000000000 Kilogramm	31400 M.
über 10000000000000000000000000 bis 20000000000000000000000000 Kilogramm	31800 M.
über 20000000000000000000000000 bis 50000000000000000000000000 Kilogramm	32200 M.
über 50000000000000000000000000 bis 100000000000000000000000000 Kilogramm	32600 M.
über 100000000000000000000000000 bis 200000000000000000000000000 Kilogramm	33000 M.
über 200000000000000000000000000 bis 500000000000000000000000000 Kilogramm	33400 M.
über 500000000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000000 Kilogramm	33800 M.
über 1000000000000000000000000000 bis 2000000000000000000000000000 Kilogramm	34200 M.
über 2000000000000000000000000000 bis 5000000000000000000000000000 Kilogramm	34600 M.
über 5000000000000000000000000000 bis 10000000000000000000000000000 Kilogramm	35000 M.
über 10000000000000000000000000000 bis 20000000000000000000000000000 Kilogramm	35400 M.
über 20000000000000000000000000000 bis 50000000000000000000000000000 Kilogramm	35800 M.
über 50000000000000000000000000000 bis 100000000000000000000000000000 Kilogramm	36200 M.
über 100000000000000000000000000000 bis 200000000000000000000000000000 Kilogramm	36600 M.
über 200000000000000000000000000000 bis 500000000000000000000000000000 Kilogramm	37000 M.
über 500000000000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000000000 Kilogramm	37400 M.
über 1000000000000000000000000000000 bis 2000000000000000000000000000000 Kilogramm	37800 M.
über 2000000000000000000000000000000 bis 5000000000000000000000000000000 Kilogramm	38200 M.
über 5000000000000000000000000000000 bis 10000000000000000000000000000000 Kilogramm	38600 M.
über 10000000000000000000000000000000 bis 20000000000000000000000000000000 Kilogramm	39000 M.
über 20000000000000000000000000000000 bis 50000000000000000000000000000000 Kilogramm	39400 M.
über 50000000000000000000000000000000 bis 100000000000000000000000000000000 Kilogramm	39800 M.
über 100000000000000000000000000000000 bis 200000000000000000000000000000000 Kilogramm	40200 M.
über 200000000000000000000000000000000 bis 500000000000000000000000000000000 Kilogramm	40600 M.
über 500000000000000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000000000000 Kilogramm	41000 M.
über 1000000000000000000000000000000000 bis 2000000000000000000000000000000000 Kilogramm	41400 M.
über 2000000000000000000000000000000000 bis 5000000000000000000000000000000000 Kilogramm	41800 M.
über 5000000000000000000000000000000000 bis 10000000000000000000000000000000000 Kilogramm	42200 M.
über 10000000000000000000000000000000000 bis 20000000000000000000000000000000000 Kilogramm	42600 M.
über 20000000000000000000000000000000000 bis 50000000000000000000000000000000000 Kilogramm	43000 M.
über 50000000000000000000000000000000000 bis 100000000000000000000000000000000000 Kilogramm	43400 M.
über 100000000000000000000000000000000000 bis 200000000000000000000000000000000000 Kilogramm	43800 M.
über 200000000000000000000000000000000000 bis 500000000000000000000000000000000000 Kilogramm	44200 M.
über 500000000000000000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	44600 M.
über 1000000000000000000000000000000000000 bis 2000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	45000 M.
über 2000000000000000000000000000000000000 bis 5000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	45400 M.
über 5000000000000000000000000000000000000 bis 10000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	45800 M.
über 10000000000000000000000000000000000000 bis 20000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	46200 M.
über 20000000000000000000000000000000000000 bis 50000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	46600 M.
über 50000000000000000000000000000000000000 bis 100000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	47000 M.
über 100000000000000000000000000000000000000 bis 200000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	47400 M.
über 200000000000000000000000000000000000000 bis 500000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	47800 M.
über 500000000000000000000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	48200 M.
über 1000000000000000000000000000000000000000 bis 2000000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	48600 M.
über 2000000000000000000000000000000000000000 bis 5000000000000000000000000000000000000000 Kilogramm	49000 M.
über 5000000000000000000000000000000000000000 bis 100 Kilogramm	49400 M.
über 100 bis 200 Kilogramm	49800 M.
über 200 bis 500 Kilogramm	50200 M.
über 500 bis 1000 Kilogramm	50600 M.
über 1000 bis 2000 Kilogramm	51000 M.
über 2000 bis 5000 Kilogramm	51400 M.
über 5000000000000	

Gewerkschaftsbewegung

Verhöhnung der Arbeitnehmerschaft.

Der „Berliner Börsen-Courier“ hat in der letzten Zeit wiederholt seinem Herzen gegen die Arbeitnehmerschaft in seinen Börsenberichten Luft gemacht. So schreibt er auch in seinem letzten Bericht: „Die steigende Teuerung läßt die Gefahr von Unruhen immer stärker hervortreten, da doch den Lohnerhöhungen, in denen man jetzt den Arbeitnehmern — vor allem der Staat — sehr liberal entgegenkommt, doch einmal ein Ziel gesetzt werden muß.“

Hierzu möchten wir folgendes bemerken: Von einem liberalen Entgegenkommen der Arbeitgeber kann bei der jetzigen Teuerung überhaupt nicht die Rede sein. Es gibt keine Arbeiterkategorie, die auch nur einigermaßen ein den Lebensbedürfnissen entsprechendes Einkommen in der jetzigen Zeit hat. Braucht doch eine Familie von vier Köpfen bei einem Verbrauch von fünf Pfund Kartoffeln pro Tag, das 4000 M. gerechnet, allein 600 000 M. für Kartoffeln im Monat. Ein Mittagessen ist heute unter 50 000 M. nicht herzustellen. Das sind 1 500 000 M. im Monat. Man vergleiche mit diesen Zahlen die Einkünfte der Arbeitnehmer und man wird finden, daß der größte Teil von ihnen noch nicht einmal das verdient, was er für die Notdurft des Lebens gebraucht.

So etwas kann natürlich nur ein Blatt bringen, dessen Leserkreis sich aus den Interessenten der Börse zusammensetzt, die aus ihren Börsengewinnen ihr Schicksal ins Trockne gebracht haben, für die Nahrungsorgen, wie überhaupt Sorgen um den Lebensunterhalt fremde Begriffe sind, deren einzige Sorge darin besteht, möglichst viele Dividenden zu erraffen. Die dem Treiben endlich ein Ziel zu setzen wäre notwendiger, obgleich es schon viel zu lange gebauert wurde. Man darf nur an die Steuerzahlungspraxis dieser Kreise zu erinnern, um die volle Unerschämtheit der Schreiberei des „Börsen-Courier“ zu ermessen.

Die neuen Bergarbeiterlöhne.

Am Dienstag vereinbarten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften der Kohlenbergbaubezirke Rheinland-Westfalen, Köln und Düren die gleichen Lohnerhöhungen, die am Montag für die übrigen Kohlenbergbaubezirke festgesetzt worden waren. Für den Bochumer Steinkohlenbezirk und den oberhessischen und Westfälischen Braunkohlenbezirk wurden Schiedssprüche gefällt, die die gleichen Lohnerhöhungen vorsehen. Danach beträgt der Lohn der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk einschließlich des Hausstands- und Kindergebühres auf den Durchschnitt der Gesamtbelegschaft berechnet in der Zeit vom 17. bis 22. Juli 152 258 M., vom 23. bis 31. Juli 197 935 M. je Schicht.

Im Anschluß an die Lohnverhandlungen wurde eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission gebildet, welche die Richtlinien für die Einführung des wertbeständigen Lohnes im Bergbau im Rahmen der bekannten Entschädigung des Reichswirtschaftsrates ausarbeiten soll. Diese Kommission tritt im Laufe der nächsten Woche zusammen. Es wird damit zu rechnen sein, daß vom 1. August ab die neue Lohnmethode im Bergbau eingeführt wird. Die Frage der Ermittlung eines Preisindex im Kohlenbergbau soll im Anschluß an die wertbeständigen Löhne geklärt werden.

Der Zweck der Hebung.

Wenn etwa die Absicht, die die Betriebsräteabteilung der KPD mit dem „Offenen Brief“ an den ADGB verfolgte, nicht klar und deutlich genug war, dem wird in der heutigen Ausgabe der „Roten Fahne“ volle Aufklärung gegeben. Die Überschriften lauten:

„Die ADGB-Führer sind entlarvt!“ „Der Schwindel des „Kampfes um wertbeständige Löhne“ vollständig aufgedeckt.“

Wie oft hat nicht schon die KPD-Zentrale die ADGB-Führer, samt allen übrigen nichtkommunistischen Gewerkschaftsführern „entlarvt“. Sie muß immer wieder andere „entlarven“, um ihre eigene Entlarzung zu verbergen, die für jeden rechtlich und vernünftig denkenden Arbeitnehmer längst erfolgt ist.

Die KPD-Zentrale gebraucht stets einen „Generalfreier“. Sie gibt die Parole aus und die andern sollen freieren. Soviel Dumme gibt es nicht mehr wie die KPD-Zentrale gebraucht.

Verhärfung des Kampfes im Ofenhegewerbe.

Ein Schreiben des Unternehmer-Verbandsvorsitzenden des Provinzialverbandes des Lötzer- und Ofenhegewerbes Berlin und Umgebung kündigt sämtlichen Ofenhegeern in der Provinz Brandenburg zu Freitag die Aussperrung an. Die Maßnahme bedeutet einen glatten Tarifbruch der Unternehmer in der Provinz. Die letzten Vereinbarungen, die beiderseits unterschrieben anerkannt wurden, gehen dahin, daß der Lohn in der Provinz automatisch mit dem Berliner Lohn mitgeht. Sollte eine Lohnvereinbarung mit Berlin nicht zustandekommen, so soll zunächst außer dem bisher vereinbarten Lohn eine Abschlagszahlung für die neu zu vereinbarenden Löhne gezahlt werden. Die Maßnahmen der Unternehmer werden so gut wie fruchtlos verlaufen, da in der Provinz nachweislich nur 5 Proz. der Unternehmer organisiert sind.

Neue Verhandlungen mit dem „Demo“ sind im Gange. Die Kollegen werden aufgefordert, sich durch nichts beirren zu lassen. Von der Fachgruppenleitung ist alles unternommen worden, um den geplanten Schlag der Unternehmer in der entsprechenden Weise zu parieren. Wir weisen nochmals darauf hin, daß von den Mitgliedern Sonderabkommen mit einzelnen Unternehmern nicht getroffen werden dürfen. Nur die Fachgruppenleitung hat die Berechtigung hierzu. Weiter weisen wir darauf hin, daß die arbeitslosen Mitglieder sich nach wie vor im Arbeitsnachweis Normenstraße zur Kontrolle melden müssen. Außerdem können sie sich

auf der Kontrollbogen im Arbeitsnachweis, die übrige Zeit im Streikbureau im zuständigen Bezirkslokal melden. Streikkontrollkarten erhalten die arbeitslosen Kollegen nicht, sie werden auf einer Liste der Arbeitslosen gefondert geführt. Kollegen, die in anderen Bezirken arbeiten, müssen sich ebenfalls in eine Liste im Streikbureau des Bezirks eintragen lassen, um sich von dem Verdacht des Streikbruchs zu entlasten.

Die Fachgruppenleitung, L. M. Brückmann.

Wertbeständige Löhne auch im Gastwirtsgerwebe.

Die Verhandlungen über die Einführung wertbeständiger Löhne zwischen dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten und dem Arbeitgeberverband im Gastwirtsgerwebe Berlin sind zum Abschluß gelangt. Zunächst sind für die Woche vom 12. bis 19. Juli Grundlöhne festgelegt; die Erhöhungen der bisherigen Löhne sind bis zu 90 Proz. vorgesehen. Der Spitzenlohn der Köche beträgt bei freier Kost 650 000 M. pro Woche, der Spitzenlohn der weiblichen Angestellten 518 000 M. und der der männlichen Hilfsarbeiter 590 000 M. Dementsprechend sind die übrigen Löhne und die Garantielöhne der Köche festgelegt.

Auf diese Löhne werden allmählich, erstmalig vom 19. Juli ab, Zuschläge gezahlt. Die auf Grund der Preisgestaltung bestimmter Artikel errechnet werden. Die Feststellungen der Preise werden von Arbeitgeber und Arbeitnehmern an einem bestimmten Tage der Woche vorgenommen. Das Abkommen läuft zunächst bis zum 16. August.

Neue Löhne für Mineralwasserarbeiter.

Mit dem Verband Berliner Mineralwasser-Fabrikanten E. V. und dem Deutschen Verkehrsbund, Abtlg. Transportarbeiter, sind am 16. Juli für die in Mineralwasserfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nachstehende Löhne vereinbart worden:

	vom 13. bis 19. Juli:	vom 20. bis 26. Juli:
Borarbeiter	905 000 M.	1 105 000 M.
Abgießer, Arbeiter und Aufscher	900 000	1 100 000
Frauen	880 000	770 000
Jugendliche	540 000	660 000

Außerdem sind die Provisionsätze für Aufscher und Mithfahrer den Verhältnissen entsprechend erhöht.

Der von dem Arbeitgeber-Verband geforderte Manteltarif ist auf Antrag der Arbeitnehmer auf ein Jahr verlängert.

Außerdem sind Engelster 24/25, Zimmer 26, gegen Mitgliedsausweis zu haben.

Lehrlingslöhne im Zimmerergewerbe.

Der Vorstand der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands ersucht alle Vertrauensleute und Betriebsräte des Holz-, Beton- und Tiefbauergewerbes, auf ihren Baustellen zu achten, daß an die Mitharbeiter die richtige Werkzeugentschädigung und an die Lehrlinge die richtigen Lohnsätze gezahlt werden.

Die Werkzeugentschädigung beträgt pro Stunde in der Zeit

vom 28. 6. bis 4. 7. 28	182 M.
5. 7. 14. 7. 28	185
15. 7. 18. 7. 28	208
19. 7. 25. 7. 28	235

Die Lehrlingslöhne betragen:

in Gruppe A	1.	2.	3.	4.	5.	6. 3. 3. 1. 1. 1.
vom 28. 6. bis 4. 7.	880	1 820	1 760	2 640	3 520	4 400 M.
5. 7. 14. 7.	1 250	1 875	2 500	3 750	5 000	6 250
15. 7. 18. 7.	1 720	2 580	3 440	5 180	6 880	8 600
19. 7. 25. 7.	1 900	2 850	3 800	5 700	7 600	9 500
in Gruppe B	1.	2.	3.	4.	5.	6.
vom 28. 6. bis 4. 7.	1 320	1 760	2 200	3 080	3 960	4 840
5. 7. 14. 7.	1 875	2 500	3 125	4 375	5 625	6 875
15. 7. 18. 7.	2 580	3 440	4 300	6 020	7 740	9 460
19. 7. 25. 7.	2 850	3 800	4 750	6 650	8 550	10 450

Internationale Solidarität.

Die organisierte Arbeiterschaft des Auslandes hat die Beendigung des Ruhrgebietes vor den französischen und belgischen Eindringlingen nicht schätzen können. Wohl aber demüht sie sich, zu helfen, wo sie kann. Sie preisen auf Poincaré, der bekanntlich erklärt hat, daß die französische Regierung solche Hilfeleistung als „unfreundliche Handlung“ betrachte.

Es handelt sich hierbei vorwiegend um finanzielle Hilfe, die durch Vermittlung des ADGB geleistet wird. Vor allem ist da zu nennen die Sammlung, die vom „Philadelphia Tageblatt“, einer deutschen sozialistischen Tageszeitung, veranstaltet wurde, die als Ergebnis 10 000 Dollar zeitigte. Hier haben die Leser einer verhältnismäßig kleinen Zeitung in geradezu vorbildlicher Weise ihre Opferwilligkeit bekundet. Dasselbe ist zu sagen, wenn die deutsche Sprachgruppe der Socialist Party in den Vereinigten Staaten berichtet kann, daß sie gegen 3000 Dollar gesammelt hat, wobei neben New York besonders Milwaukee, Philadelphia und St. Louis sich hervortaten. Kleinere Arbeiterkassen in New York und Philadelphia sandten außerdem noch 40 und 50 Dollar.

Der Grundlohn für die Herrenhahnenbranche Berlin beträgt in der Lohnwoche vom 15. bis 21. Juli 18 700 M. pro Stunde. Die Stofflöhne von diesem Grundlohn, sowie die Zuschläge bleiben prozentual wie in der vorigen Lohnwoche.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.

Die Löhne der Kleiderarbeiter betragen für die Woche vom 16. bis mit 21. Juli inkl. Werkzeugzulage 18 180 M.; für die Woche vom 22. bis mit 28. Juli 20 200 M.

Die Arbeitslosigkeit in England war am 9. Juli um 250 Personen pro Tausend gegen die Vormwoche zurückgegangen. Sie betrug 1 189 100.

Wirtschaft

Änderungen im Versicherungsrecht.

Vor seinem Auseinandergehen hat der Reichstag wichtige Änderungen des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 (Versicherungs-Aufsichtsgesetz) beschlossen. Das Änderungsgezet, welches demnächst veröffentlicht werden wird, bezweckt, den privaten Versicherungsunternehmungen und teilweise auch den unter § 119 des Versicherungs-Aufsichtsgesetzes fallenden öffentlichen Versicherungsanstalten Erleichterungen zu verschaffen gegenüber den Schwierigkeiten, unter welchen die Versicherungsunternehmungen infolge der Entwertung der Markwährung und der dadurch herbeigeführten ungeheuerlichen Steigerung der Verwaltungskosten leiden. Das Änderungsgezet sieht die Erschließung neuer Einnahmequellen dadurch vor, daß der Kreis der zulässigen Vermögensanlagen erheblich erweitert wird, während bisher im allgemeinen die mündelsichere Anlage der Gelder der Versicherungsgesellschaften vorgeschrieben war, sollen künftig — mit gewissen Beschränkungen — auch andere Anlagen statthaft sein, welche sich in ihrem Werte den Schwankungen der Währung in größerem Umfange anpassen und höhere Zinsen bringen als die bisherigen mündelsicheren Werte, so z. B. die Anlage in Aktien inländischer Unternehmungen, in inländischen Grundstücken, in verbriehten Forderungen jeder Art gegen inländische kreditwürdige kaufmännische, industrielle, sonstige gewerbliche oder landwirtschaftliche Unternehmungen, in wertbeständigen in- oder ausländischen Vermögenswerten. Zur Verhütung und Deckung von Bilanzverlusten ist eine von den bisher im allgemeinen maßgebenden Vorschriften des § 261 Nr. 1 und 2 des Handelsgesetzbuches abweichende Bilanzierung der Wertpapiere und sonstigen Vermögensgegenstände vorgeschrieben. Die Beiträge, welche sich bei der nunmehr zugelassenen Bewertung gegenüber der erwähnten Bewertung nach § 261 HGB. ergeben, dürfen aber nicht etwa zur Ausschüttung von Gewinnen verwendet werden, sondern nur zur Deckung sonst etwa eintretender Bilanzverluste oder zur Bildung von Rücklagen, welche gleichfalls zur Deckung von Bilanzverlusten dienen.

Für die Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherung sind einschneidende Eingriffe in die bestehenden Versicherungsverträge mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorgesehen. Diese Eingriffe verfolgen das Ziel, den Geschäftsbetrieb der Unternehmungen zu vereinfachen und zu verbilligen und insbesondere die keinen Versicherungen, welche die Gesellschaften mit unverhältnismäßigen Kosten belasten und auch für den Versicherten ziemlich wertlos geworden sind, zur Auflösung oder Umwandlung in prämiensfreie zu bringen, falls der Versicherte nicht vorzieht, die Versicherungssumme zeitgemäß zu erhöhen und sich den neuen Vorschriften des Versicherungsvertrages zu unterwerfen. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörde zur Verhütung von Konkursen sind erweitert, der Zugriff von Gläubigern auf den Prämienreferendfonds im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung ist zum Vorteil der Versicherten erschwert.

Hilfsmassnahmen kleineren Kapitals sind die kostensparende Befreiung der Unternehmungen von gewissen Formvorschriften (Befreiung bisher notwendiger notarieller Beurkundungen, Entbindung von der Verpflichtung zur Ausfolgung der allgemeinen Versicherungsbedingungen vor Abschluß des Versicherungsvertrages gegen besonders ausserordentliche Empfangsbefreiung, Vereinfachung der Bekanntmachung der Gesellschaft.

Endlich soll dem Unfug der Provisionsabgabe seitens der Verbeamteten an die Versicherungsnehmer und anderen Umständen, welche sich aus den sogenannten Begünstigungsverträgen ergeben haben, künftig wirksam gesteuert werden; die Aufsichtsbehörde erhält die Befugnis, die Gewährung von Sondervergütungen an den Versicherungsnehmer in irgendeiner Form und den Abschluß und die Verlängerung von Begünstigungsverträgen zu untersagen. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen der Aufsichtsbehörde sind mit Strafe bedroht.

Abhängigkeitsfragen für Saar Kohle. Der angebliche Kohlenmangel in Frankreich war, so behauptete man, einer der Hauptgründe der Befreiung des Ruhrgebietes. Obwohl aber die französische Befreiung nur lächerlich geringe Mengen Kohle aus dem Ruhrgebiet gewinnt, ist es ihr nur unter Schwierigkeiten möglich, die Kohle des Saargebietes, über die sie verfügt, abzuhafen. So schreibt die Pariser „Journes Industrielles“, daß die Saargebiete jetzt etwa wieder ihre alte Tagesproduktion von 35 000 Tannern erreichen werden. Die Tatsache aber, daß der deutsche Markt den Saar-Kohlen augenblicklich verschlossen ist, hat die Saargebieteverwaltung in die Lage versetzt, an eine Umstellung in bezug auf die Absatzgebiete für die Saar-Kohle denken zu müssen. Ungarn hat beinahe aufgehört, Saar-Kohle zu beziehen. Deutscher Reich bezieht noch einige Mengen, aber diese werden jetzt über Borarberg verfrachtet, da man befürchtet, daß sie beim Transit durch Deutschland beschlagnahmt werden. Diese Umleitung belastet die Saar-Kohlen mit höheren Transportkosten. Auch Belgien und die Schweiz beziehen noch Saar-Kohlen, der Rest wird nach Frankreich verfrachtet. Um nun zu ermöglichen, daß die Saar-Kohlen über große Strecken verfrachtet werden können und daß sie auch an der französischen Küste mit der englischen Kohle in Wettbewerb treten können, hat man ihnen auf den französischen Bahnen mit Einschluß Elzäs-Rohrtrains gewisse Tarifvorteile eingeräumt. Man hofft, daß die Regierungskommission des Saargebietes auch einer Vergünstigung auf den Saarbahnen zustimmen wird.

Verantwortlich für Inhalt: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Fritz Calerman, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Reichswehr: Dr. John Schilling, Charlottenburg; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: H. Gleditsch, Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

HOSEN
weit unter Engrospreis!
Spartthrees in Cabardone, Home-spune, la Verarbeitg. tadelloser Sitz
Damenbroches, beste Ware
Streifenhosen in allen Preisl.
Sportanzüge sehr billig
Manchester-Hilfär-Anzug-Engl. Leder.
Hosen billige Preise!
München-Gladbacher Hosenzentrale
Neusülz, Berliner Str. 18/19, E. Busch.
Berlin, Kl. Str. 19, 1. u. 2. St. 11.

Garderoben auf Teilzahlung!
Für Herren: Anzüge, Schillier, Pelz, Reize, Regenmäntel.
Für Damen: Mäntel, Kleider, Kostüme, Hüte.
Berliner Credithaus
Oranienstr. 158 II

Vorher entstellt, verbittert und krank **Nachher** gesund, fröhlich und schlank

Allen wird Hilfe
durch unser bewährtes
Chalybia-Korsett- und Leibbinden-Reform-System.

Es hat viele Tausende von beschämenden Entstellungen und von Schmerzen erlitten, von verzweifeltsten Zuständen und Deschwerden wieder freigesetzt. Bei Normalen und Gefunden erhöht es Schönheit, Dicke, Wohlbehagen, Kraftgefühl und Lebenslust.
Drucklos frei.
Probiert am 1922/23 z. Bl. 1100 Mark.

Reformhaus Chalybia Paul Gerns
Berlin, Wilhelmstr. 37. **Reichenau Rheinl. 34.**
Leipzig, Reumarkt 40; Dresden, Schillerstr. 14; München, Marienplatz 28.

TRAURINGE
In jed. Größe u. Qualität, stets vorrätig, nur bill. Preisberechnung.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 203
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichst.
Teleph. Lichtenberg 3322

A. BEBEL
Aus meinem Leben
Neuausgabe aus Anlaß des 10-jährigen Todestages von A. Bebel. In einem Bande, auf feines Dünn-druckpapier gedruckt, Ganz-leinen geb., mit goldenem Namenszug als Titel.
Grundzahl 16.—
X 6418 (1923) 41

Garderobe
bei Zahlungserleichterung
Herren-Damen-
Anzüge, Paletots, Paletots, Anz., Schillier, Röcke, Kleider.
Regenmäntel • Strickjacken
Gute Ware, solide Preise
— groß. Auswahl —
M. Beiser Lothninger Straße 67

Buchhandlung Vorwärts
SW 68, Lindenstraße 3

Hosen.
Beste Qualitäten.
Reiche Auswahl in
Streifenhosen, Manchester-, Broches-, engl. Leder-, Tuch- und Arbeitshosen in allen Größen und Farben.
München-Gladb. Hosenzentrale
D. 27 Blumenstr. 57
Blauer Laden.
1 Min. von der Jannowstraße.
Acht. Sie genau auf Hausnumm.

Zeitungspapier
gebildet, kg 2000.
Haus-Bein-lumpen, Reize, 50 % Preis.
Reichl. 178
Blaustr. Reize, Reize, Reize.
Korsette
Verkauf Reparatur, Maß-anfertigung
Fr. C. Hungartz,
Hackstr. 23, 1. St.